

### Bekanntmachung

Die 08. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung findet am Dienstag, den 19.09.2017 statt.

Beginn: 16:00 Uhr

Ort: Hansestadt Stralsund Friedhofsverwaltung Heinrich-Heine-Ring 77, 18435 Stralsund

#### Tagesordnung:

##### Öffentlicher Teil

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 18.07.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Bestattungsmöglichkeiten für Sternenkinder  
Vorlage: ZU 0015/2016
- 4.2 Spielplätze sicherer und sauberer gestalten  
Einreicherin: Susanne Lewing, CDU/FDP-Fraktion  
Vorlage: AN 0085/2017
- 4.3 Bürgeranliegen bezüglich öffentlicher Toiletten
- 5 Verschiedenes

##### Nichtöffentlicher Teil

- 6 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 7 Beratung zu aktuellen Themen - keine
- 8 Verschiedenes

##### Öffentlicher Teil

- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitz

# TOP Ö 2

Hansestadt Stralsund  
Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

## Niederschrift der 07. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung

Sitzungsdatum: Dienstag, den 18.07.2017  
Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:15 Uhr  
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

### **Anwesend:**

#### Vorsitzende/r

Frau Sabine Ehlert

#### stellv. Vorsitzende/r

Frau Dr. med. Annelore Stahlberg

#### Mitglieder

Frau Kerstin Friesenhahn ab 17:03 Uhr

Herr Harald Ihlo

Frau Anett Kindler

Frau Sabine Tiede

#### Vertreter

Frau Brigitta Tornow Vertretung für Frau Dr. Heike Carstensen

#### Protokollführer

Frau Constanze Schütt

#### von der Verwaltung

Frau Sabine Fielitz

Herr Klaus Gawoehns

Frau Kathi Gutsmuths

Herr Dirk Krafft

#### Gäste

Herr Richard Kreutzberg

Herr Tino Rietesel

Herr Georg Weckbach

Frau Ann-Kathrin Lipinski

Frau Stephanie Elze

### **Tagesordnung:**

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 26.06.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Austausch zur Arbeit des Seniorenbeirates

- 4.2 Bericht zur Arbeit der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund
- 4.3 Besetzung Stelle Behindertenbeauftragte/Beauftragter - Befristete Übernahme der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten
- 5 Verschiedenes

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung sind zu Beginn der Sitzung 6 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Die Sitzung wird durch die Ausschussvorsitzende geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

#### **zu 1 Bestätigung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen/ Ergänzungen bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0Gegenstimmen 0Stimmenthaltungen

#### **zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 26.06.2017**

Die Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Familie, Sicherheit und Gleichstellung vom 27.06.2017 wird bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

#### **zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen**

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Beratung vor.

#### **zu 4 Beratung zu aktuellen Themen**

##### **zu 4.1 Austausch zur Arbeit des Seniorenbeirates**

Herr Dr. Weckbach teilt mit, dass der Seniorenbeirat der Bürgerschaft jährlich einen Rechenschaftsbericht übergibt.

Er führt weiter aus, dass der Seniorenbeirat eine Unterorganisation der Bürgerschaft ist. Er ist kein eingetragener Verein. Daher muss die Bürgerschaft bei der Annahme von Spenden zustimmen. Formal gesehen ist dieses Geld dann Eigentum der Hansestadt Stralsund. Aus diesem Grund hat man im Jahre 2016 einen Förderverein gebildet.

Herr Dr. Weckbach informiert, dass er selbst die 2. Wahlperiode im Seniorenbeirat tätig ist. In der jetzigen Wahlperiode wurde festgelegt, dass jedes Mitglied in mindestens einer Arbeitsgruppe des Seniorenbeirates tätig sein muss. Damit soll die Arbeitsfähigkeit der Arbeitsgruppen hergestellt werden. Diese sind in Anlehnung an die Ausschüsse der Hansestadt Stralsund angelegt worden.

Weiter informiert Herr Dr. Weckbach, dass es in jedem der 3 „Altkreise“ je einen Seniorenbeirat gibt. Im neuen Landkreis gibt es ebenfalls einen Beirat, in dem aus allen drei Seniorenbeiräten Mitglieder entsandt sind. Die Zusammenarbeit läuft gut.

Es wird zukünftig einen Vertreter des Weißen Ringes im Seniorenbeirat geben.

Der Seniorenbeirat versteht sich nicht nur als Ratgeber, sondern organisiert auch verschiedene Veranstaltungen.

Es gibt einen jährlichen Pressetermin.

Weiter wird eine Patenschaft mit der IGS gepflegt. Somit kommt der Beirat auch mit Schülern in Kontakt und arbeitet Generationenübergreifend.

Die Zusammenarbeit mit dem Theater wird auch zunehmend besser.

Frau Ehlert fragt nach, ob beim Projekt „Barrierefreies Stralsund – Sternenfahrt“ der Seniorenbeirat beteiligt ist. Sie möchte wissen, wie die Zusammenarbeit hergestellt und koordiniert wird.

Dazu erläutert Herr Dr. Weckbach, dass es die passende AG im Seniorenbeirat gibt.

Teilnehmer dieser Thematik wären dann Herr Mühle und Herr Sobotta.

Frau Dr. Stahlberg erfragt die Aufgabenpositionen der Mitglieder bzgl. ehrenamtlichen und hauptamtlichen Personals.

Dazu führt Herr Dr. Weckbach aus, dass es 30 ehrenamtliche Mitglieder und eine 1 Halbtagskraft im Büro für 20 Stunden pro Woche über die über die SIC angestellt gibt.

Seit 2017 werden Fahrkosten auf Antrag durch die Hansestadt Stralsund erstattet.

Frau Dr. Stahlberg erfragt, wie die hauptamtliche Teilzeitstelle finanziert ist. Dazu führt Frau Gutsmuths, dass teilweise Personalkosten seitens der Stadt übernommen werden. Weiter hält die Hansestadt Sachkosten vor.

Frau Friesenhahn erfragt, wer den Seniorenbeirat wählt. Weiter erinnert sie an eine Lite, die vor einigen Jahren durch den Seniorenbeirat erarbeitet wurde. Es wurden Einschätzungen und Hinweise zu z.B. fehlenden Bänken, unsauberen Grünanlagen, notwendiger Straßenunterhaltung und fehlenden Radwegen gegeben. Sie möchte wissen, was aus diesen Anregungen geworden ist.

Dazu informiert Herr Dr. Weckbach, dass die Liste sicher seinerseits an die Hansestadt gegeben wurde. Einige Dinge sind bisher noch nicht umgesetzt worden.

Zum Prozedere der Wahl der Mitglieder informiert er, dass Vorschläge für Mitglieder über Vereine, Institutionen und von Privatpersonen kommen. Bisher sind nie mehr wie 30 Vorschläge eingegangen. Die fertige Liste wird dem Präsidenten übergeben und der Bürgerschaft zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Seniorenbeirat ist zur Abgabe eines jährlichen Rechenschaftsberichtes an die Bürgerschaft verpflichtet.

Frau Friesenhahn erfragt, woher der Seniorenbeirat von Problemen erfährt. Weiter möchte sie wissen, wie die Informationen auch aus Senioreneinrichtungen heraus an den Beirat getragen werden.

Herr Dr. Weckbach führt aus, dass die Mitglieder in die Einrichtungen gehen und sich dort informieren. Alle Probleme werden sie aber nicht selbst in Erfahrung bringen können.

Auf die weiteren Fragen informiert Herr Dr. Weckbach, dass die Mitgliederversammlungen öffentlich sind. Die Einladungen werden dazu bekannt gegeben.

Weiter wird jedes Jahr ein Seniorenratgeber erarbeitet und veröffentlicht.

Auf Nachfrage von Frau Ehlert stellt Herr. Dr. Weckbach klar, dass Protokolle von Beratungen erstellt werden und auch eingesehen werden können.

Alle Unterlagen zu den Finanzen werden bei der Stadtverwaltung eingereicht und sich dort einzusehen.

Frau Ehlert schlägt vor, mit Herr Dr. Weckbach und den Fraktionen einen Vororttermin abzustimmen um viele noch offene Fragen klären zu können.  
Herr Dr. Weckbach stimmt einem Vororttermin zu.

Die Mitglieder sind mit der Verfahrensweise einverstanden.

#### **zu 4.2 Bericht zur Arbeit der Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt und Stalking Stralsund**

Zu Gast sind Frau Lipinski und Frau Elze von der Interventionsstelle für häusliche Gewalt.

Frau Ehlert lässt über das Rederecht für Frau Lipinski und Frau Elze abstimmen.  
Abstimmung: mehrheitlich zugestimmt

Frau Lipinski informiert, dass die Beratungsstelle für häusliche Gewalt und Stalking dem Verein „Frauen helfen Frauen e.V.“ Rostock unterstellt ist. Das Team besteht aus Sozialarbeitern und einer Juristin.

Es wird Beratung, Krisenintervention und Betreuung von betroffenen Kindern und Jugendlichen angeboten.

Die Informationen erhält die Interventionsstelle von der Polizei über deren Einsätze mit häuslicher Gewalt.

Oftmals wird von der Polizei an den Täter eine Wegweisung für 14 Tage ausgesprochen. In dieser Zeit kann man Informationen mit den Betroffenen über weiteren Schutz besprechen und ggf. auch Hilfe über das Gericht bewirken.

Das Frauenhaus ist ein Kooperationspartner, wobei die Interventionsstelle anders finanziert ist.

Frau Elze erläutert, dass sie die Kinder- und Jugendberatung vorhält. Als erstes stehen immer der Schutz und die Sicherheit im Vordergrund. Der Focus ihrer Arbeit ist in erster Linie bei den Kindern.

Weitere Angebote sind die Schuldnerberatung, die Familienhilfe und auch Erziehungsberatung.

Ihre Arbeit erstreckt sich meistens über 3 Monate bis zu einem Jahr.

Frau Elze reicht verschiedene Unterlagen und Broschüren für die Ausschussmitglieder rum. Ein großer Anteil der allgemeinen Arbeit ist die Öffentlichkeitsarbeit.

Frau Tiede erfragt, ob die Informationen ausschließlich über die Polizei kommen oder ob man auch privaten Hinweisen nachgeht.

Dazu erläutert Frau Lipinski, dass es auch Selbstmelder gibt und dass auch betroffene Angehörige beraten werden.

Frau Lipinski führt weiter aus, dass die Polizei effektiv eingreifen und Schutz gewährleisten kann. Das Jugendamt kann auch eingreifen. Informationen erhält die Interventionsstelle von dort jedoch nicht.

Frau Lipinski verdeutlicht, dass es sich um ein freiwilliges Beratungsangebot handelt. Betroffene können nicht zum Gespräch gezwungen werden.

Beratungen in der Häuslichkeit erfolgen nur, wenn die Polizei den Täter weggewiesen hat.

Frau Ehlert erfragt, wie es mit seelischer Gewalt, mit der Fürsorge für Mitarbeiter und mit der Flüchtlingsproblematik aussieht.

Frau Lipinski führt dazu aus, dass für die Mitarbeiter Supervision angeboten wird.

Es werden auch Fälle von seelischer Gewalt betreut. Oftmals wird in vielen Fällen, in denen die Gewalt besprochen wird deutlich, dass schon länger seelische Gewalt in der Beziehung besteht.

Fälle, in denen Flüchtlinge betroffen sind, gibt es. Hier fehlen Angebote, die die Sprachbarriere brechen. Für Übersetzer gibt es keine Finanzierung.

Es wurden inzwischen Flyer erarbeitet, um diese Betroffenen an das bundesweite Hilfetelefon für Frauen in Not zu verweisen, wo auch Übersetzung sofort möglich ist. Ist dort der erste Schritt getan und Hilfe gewollt, kann die Zurückvermittlung an die Interventionsstelle erfolgen.

Frau Kindler erfragt, ob es Rücklauf von Flüchtlingen über das Hilfetelefon gab.

Frau Lipinski teilt mit, dass dies bisher nicht der Fall war.

Einige Selbstmelder sind über verschickte Briefe auf die Interventionsstelle aufmerksam geworden.

Es gibt eine Vernetzung mit Kooperationspartnern, die eine Arbeitsgruppe ca. 4 mal im Jahr durchführen.

Frau Kindler informiert, dass es beim Landkreis eine Arbeitsgruppe „Runder Tisch“ gibt. Sie schlägt vor, dass die Interventionsstelle sich dort auch einmal vorstellt.

Frau Lipinski dankt für das Angebot und will dieses gern wahrnehmen.

Frau Ehlert dankt Frau Lipinski und Frau Elze für die Informationen und wünscht weiter viel Kraft bei der Arbeit.

#### **zu 4.3 Besetzung Stelle Behindertenbeauftragte/Beauftragter - Befristete Übernahme der Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten**

Herr Gawoehns informiert, dass Herr Dr. Dirk Krafft seit 01.07.2017 als neuer Beauftragter für die Integration von Menschen mit Behinderungen eingestellt ist. Derzeit gibt es noch die Befristung bis zur Bestellung durch die Bürgerschaft am 21.09.2017.

Er gesteht zu, dass sich die Besetzung hingezogen hat. Er verdeutlicht, dass Herr Dr. Krafft Vorerfahrungen in diesem Aufgabengebiet hat. Er hofft auf eine langfristige Zusammenarbeit.

Herr Dr. Dirk Krafft stellt sich vor und informiert über seinen bisherigen Werdegang.

Er informiert, dass er nunmehr schon in die geplante Sternenfahrt mit eingebunden ist. Den Seniorenbeirat hat er für ein erstes Gespräch auch schon angeschrieben.

Er gehört in der Struktur dem Bauamt an. Dadurch ist er zukünftig auch in Bauprojekte mit eingebunden. Dazu muss man jedoch auch bedenken, dass Stralsund Weltkulturerbe ist und daher nicht immer alles barrierefrei hergestellt werden kann.

Auf die Frage von Frau Friesenhahn zu Arbeitsschwerpunkten teilt Herr Dr. Krafft mit, dass er hier die Sternfahrt, den Stadtplan für Behinderte und verschiedene Förderprojekte über das LAGuS zur Haushaltsentlastung als erste wichtige Projekte sieht.

Weiter ist der neue Behindertenratgeber in Planung. Er wird in Arbeitsgruppen mitarbeiten und Ansprechpartner und Mittler sein.

Zur Stelle der Gleichstellungsbeauftragten teilt Herr Gawoehns mit, dass Frau Cornils bis 31.07.2017 in Elternzeit ist. Danach wird sie bis 31.12.2017 während der Elternzeit 30 Wochenstunden wieder im Dienst sein.

Im September wird sie ihren Resturlaub in Anspruch nehmen. In dieser Zeit wird Frau Fielitz weiter Ansprechpartnerin sein.

Für das Bündnis für Familie wird eine andere Lösung gefunden werden.

## **zu 5        Verschiedenes**

Frau Ehlert teilt mit, dass die nächste Ausschusssitzung am 19.09.2017 voraussichtlich in den Örtlichkeiten der Friedhofsverwaltung stattfindet. Es soll das Thema „Sternenkinder“ besprochen werden.

Das Grabfeld für diese Kinder soll am 10.12.2017 eröffnet werden.

Da im nichtöffentlichen Teil der Sitzung kein Redebedarf besteht, entfallen die folgenden Tagesordnungspunkte.

gez. Sabine Ehlert  
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt  
Protokollführung

# TOP Ö 4.1

Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof  
Frau Schubert

Stralsund, 05.02.2016  
Tel: 390278

## **Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung Anfrage aus der 07. Sitzung, TOP 4.2**

### **Gedenken an Sternenkinder auf dem Zentralfriedhof hier: Planungsidee und Kostenüberschlag für eine Gedenk- bzw. Beerdigungsanlage**

Die Überlegungen auf dem Zentralfriedhof Stralsund ein „Sternenkinderfeld“ zu errichten, reichen zurück bis in das Jahr 2011. Landesarbeitsgemeinschaft Hospiz & Palliativmedizin Mecklenburg-Vorpommern e.V., der Kinderhospizdienst OSKAR sowie die evangelische Kirchengemeinde St. Nikolai trafen sich zu einer ersten Ideenentwicklung in der Friedhofsverwaltung. Leider konnte zum damaligen Zeitpunkt weder die Frage der Trägerschaft, noch die sehr wichtige Frage der Finanzierung geklärt werden.

Nachdem der Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung am 29.09.2015 festgelegt hat, zum Thema „Gedenken an Sternenkinder“ zu beraten, wurden die Planungsideen von 2011 wieder aufgegriffen. Von Seiten der Friedhofsverwaltung wird vorgeschlagen, eine solche Gedenkanlage auf dem Grabfeld E3 zu errichten, in ruhiger, aber doch sozial gut kontrollierter Lage. Die realen Kosten einer solchen Gedenkanlage können erst ermittelt werden, wenn Größe, Grabanzahl und Gestaltung vollständig geklärt sind. Um die Kosten für einen äußeren Träger zu optimieren, schlägt die Friedhofsverwaltung vor, die „Sternenkinderanlage“ mit einer neu einzurichtenden Gräberanlage für Kinder zu kombinieren, die über den Zentralfriedhof gebührenfinanziert wird.

Aus ersten Planungsideen einer solchen gemeinsamen Anlage konnten folgende anteilige Kosten für eine „Sternkinderanlage“ ermittelt werden:

#### 1. einmalige Kosten für die Herrichtung:

- Erwerb des Nutzungsrechtes an flächenmäßig ca. 3 Wahlgrabstätten: 4800 €  
(entspricht ca. 10 Kindergräbern bzw. 20 Urnenplätzen)
- Kosten für eine Gestaltung der Fläche als Grab-/Gedenkstättenfläche: 3000 €
- Kosten für Grabmalkunst und Bänke je nach Anspruch: zwischen 2000 € - 7000 €

Die Kosten für Planung und Erschließung der Anlage können im Rahmen der Grabfeldplanung für die Kindergräber vom Friedhof mit übernommen werden, soweit dem Vorschlag der Kombination beider Anlagen gefolgt wird.

#### 2. jährliche Kosten Pflege/Unterhaltung, Verlängerung Nutzungsrecht, Bestattung:

- Laufendhaltung Nutzungsrecht (nach derzeitiger Gebührensatzung) pro Jahr: 240 €
- Bestattung einer „Sammelurne“ (nach derzeitiger Gebührensatzung): 261 €
- Leistungen für Pflege und Unterhaltung (gärtnerische Dienstleistung): 1200 – 2000 €

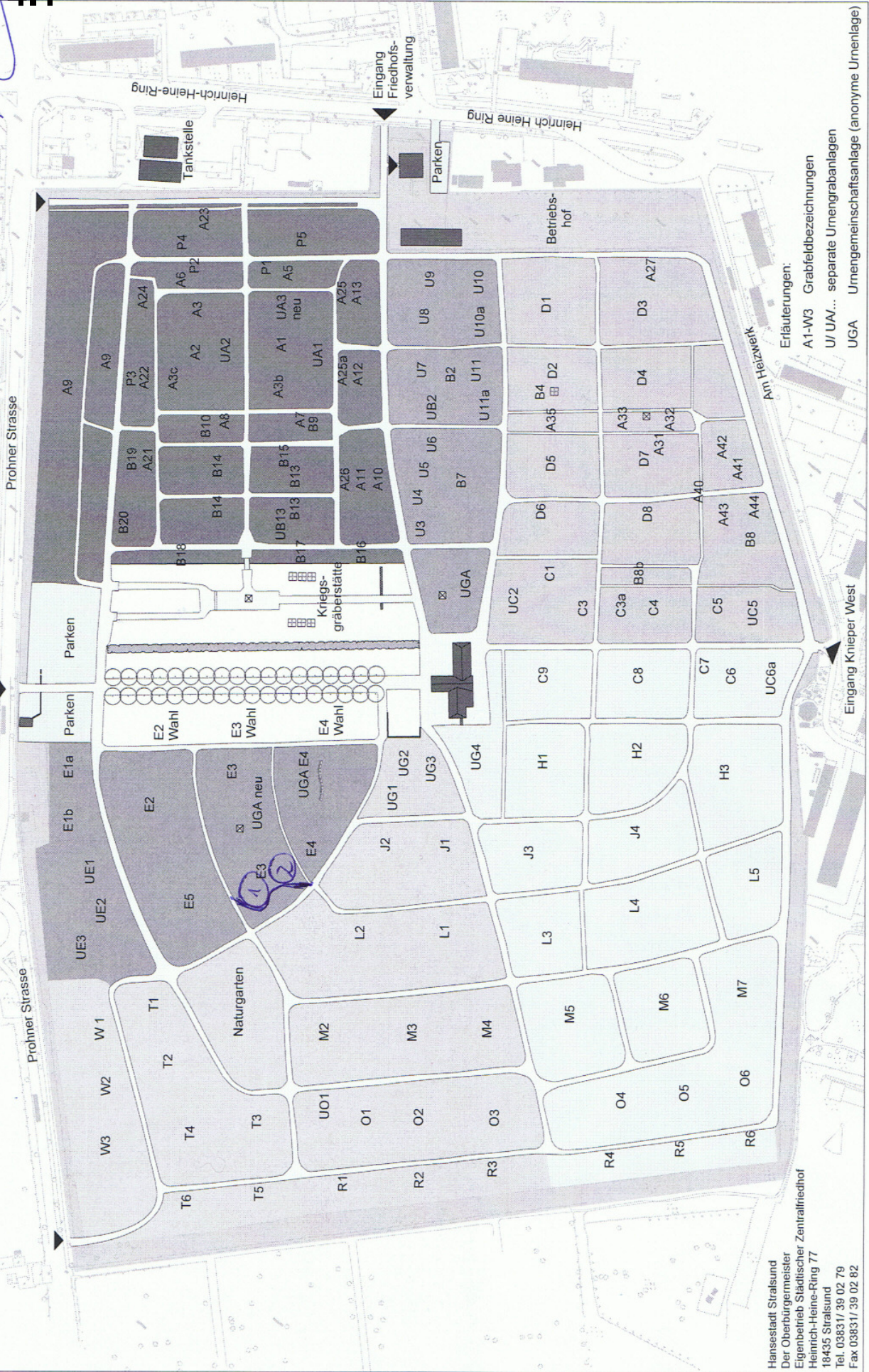
Dem Kostenüberschlag sind Errichtungskosten in Höhe 10 T€ bis 15 T€ zu entnehmen. Der jährliche Unterhalt einer solchen Anlage, inklusive der einmaligen Beisetzung einer Sammelurne, beläuft sich auf rund 2000 €/Jahr. Für die Gedenk-/Beerdigungsanlage „Sternenkinder“ ist die klare Benennung eines Trägers/Kostenträgers notwendig.

Für Rückfragen und weitere Auskünfte stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen  
Eva Schubert

*5.2.16. Vorlog. Stralsund-Ordnung + Topografieplan*

## ZENTRALFRIEDHOF STRALSUND ORIENTIERUNGSPLAN



- Erläuterungen:  
 A1-W3 Grabfeldbezeichnungen  
 U/ UA/... separate Urnengrabanlagen  
 UGA Urnengemeinschaftsanlage (anonyme Urnenlage)

Hansstadt Stralsund  
 Der Oberbürgermeister  
 Eigenbetrieb Städtischer Zentralfriedhof  
 Heinrich-Heine-Ring 77  
 18435 Stralsund  
 Tel. 03831/ 39 02 79  
 Fax 03831/ 39 02 82







**Titel: Spielplätze sicherer und sauberer gestalten**  
**Einreicherin: Susanne Lewing, CDU/FDP-Fraktion**

Federführung: Fraktion CDU/FDP	Datum: 27.06.2017
Einreicher: Lewing, Susanne	

Beratungsfolge	Termin	
Bürgerschaft	06.07.2017	

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob bei der Sanierung oder Neuanlage von Spielplätzen im Stadtgebiet der Boden zukünftig mit sogenannten Fallschutzmatten belegt werden kann. Hierbei sind unter anderem die Anschaffungskosten, die Kosten für Pflege und Wartung, die Fallschutzwirkung, der Schallschutz und die Sauberkeit im Vergleich zu herkömmlichen Sand- und Kiesuntergründen zu berücksichtigen.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die Ausschüsse der Bürgerschaft zu informieren.

Begründung: Fallschutzmatten könnten die Spielplätze der Hansestadt noch sicherer und attraktiver machen und gleichzeitig zur Entlastung des städtischen Haushalts beitragen.

Die Spielplätze in der Hansestadt haben in der Regel einen Sand- oder Kiesuntergrund. Dieser lässt sich nur mit großem Aufwand von Verunreinigungen (bspw. Katzenkot, Scherben, Zigarettenkippen) reinigen. Mittlerweile setzen deshalb andere Gemeinden erfolgreich auf Fallschutzmatten, die aus wartungsarmen und langlebigen Gummifasern oder Granulat bestehen.

Neben der besseren Sauberkeit sind die Fallschutzmatten laut Herstellerangaben auch gegenüber herkömmlichen Sand-/Kiesbelägen mittelfristig wirtschaftlicher, da sie einen deutlich geringeren Reinigungs- und Pflegeaufwand erfordern. Beispielrechnungen weisen eine Kostenersparnis von rund 50 Prozent aus.

Susanne Lewing  
CDU/FDP-Fraktion



# TOP Ö 4.2

Hansestadt Stralsund  
Der Oberbürgermeister  
Büro des Präsidenten der  
Bürgerschaft/Gremiendienst

## Beschluss der Bürgerschaft

**Zu TOP : 9.11**

**Spielplätze sicherer und sauberer gestalten**

**Einreicherin: Susanne Lewing, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0085/2017**

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0085/2017 zur Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob bei der Sanierung oder Neuanlage von Spielplätzen im Stadtgebiet der Boden zukünftig mit sogenannten Fallschutzmatten belegt werden kann. Hierbei sind unter anderem die Anschaffungskosten, die Kosten für Pflege und Wartung, die Fallschutzwirkung, der Schallschutz und die Sauberkeit im Vergleich zu herkömmlichen Sand- und Kiesuntergründen zu berücksichtigen.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die Ausschüsse der Bürgerschaft zu informieren.

Beschluss-Nr.: 2017-VI-05-0638

Datum: 06.07.2017

Im Auftrag

Kuhn

# TOP Ö 4.2

## **Auszug aus der Niederschrift über die 05. Sitzung der Bürgerschaft am 06.07.2017**

### **Zu TOP : 9.11**

#### **Spielplätze sicherer und sauberer gestalten**

**Einreicherin: Susanne Lewing, CDU/FDP-Fraktion**

**Vorlage: AN 0085/2017**

Frau Lewing wirbt für den Antrag, insbesondere im Hinblick auf Verunreinigungen und den Fallschutz.

Herr van Slooten erklärt, den Antrag abzulehnen. Der Antrag werde das eigentliche Problem nicht lösen.

Frau Ehlert beantragt die Verweisung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung. Sie verweist auf das bestehende Spielplatzkonzept.

Der Präsident lässt über die Verweisung des Antrags AN 0085/2017 in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung wie folgt abstimmen:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschließt die Verweisung des Antrags AN 0085/2017 zur Beratung in den Ausschuss für Familie, Sicherheit und Gleichstellung mit folgendem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen,

ob bei der Sanierung oder Neuanlage von Spielplätzen im Stadtgebiet der Boden zukünftig mit sogenannten Fallschutzmatten belegt werden kann. Hierbei sind unter anderem die Anschaffungskosten, die Kosten für Pflege und Wartung, die Fallschutzwirkung, der Schallschutz und die Sauberkeit im Vergleich zu herkömmlichen Sand- und Kiesuntergründen zu berücksichtigen.

Über das Ergebnis der Prüfung sind die Ausschüsse der Bürgerschaft zu informieren.

Abstimmung: Mehrheitlich beschlossen

Beschluss-Nr.: 2017-VI-05-0638

für die Richtigkeit der Angaben: gez. i.A. Steffen Behrendt

Stralsund, 13.07.2017

# TOP Ö 4.3

Frau  
Raina Schmidt  
Heinrich- von- Stephan- Straße 51  
18435 Stralsund  
e-Mail:rainaschmidt55@live.de  
Tel.:03831 944157

Präsident der Bürgerschaft  
Herrn Peter Paul  
Rathaus Stralsund  
Alter Markt  
18439 Stralsund

Sehr geehrter Herr Peter Paul,

Präsident der Bürgerschaft	19.07.2017
Eing.-Datum: 21.7.17	Nr. 038831/16
<input checked="" type="checkbox"/> Kopie vom Präs. an: OB: FSG-A 256 Gi	u. d. B.
<input checked="" type="checkbox"/> Kennzeichnung und Vert. u. Stellungnahme	TOP 5 30 2008
<input checked="" type="checkbox"/> Erfordigung Bewilligung in Zuständigkeit der D. m. o. A. g. u. b. k. l. e. i. d.	21. 22.
<input checked="" type="checkbox"/> Kopie Antwortschreiben an Präs.	24.7.17
<input type="checkbox"/> Rückprache	<input type="checkbox"/> Ablage
Termin: .....	
21. JULI 2017 Datum/Unterschrift	

ich wende mich heute an Sie weil ich auf Widerstände stoße jeder schiebt es zu den anderen und trotzdem besteht das Problem **Toiletten in ganz Stralsund** weiterhin.

Am Alten Markt nur geöffnet von Mo-Fr. bis 17.00 Uhr und am Neuen Markt Mo-Fr. bis 18.00 Uhr also 2 Toiletten in Stralsund Stadt, am Hafen wurde WC abgerissen und nicht neu aufgebaut...

Gründe: Ich habe an einer Veranstaltung um 19.30 Uhr teilgenommen und wollte vorher noch mal das WC in der Nähe Alter Markt benutzen ca 19.00 Uhr dies war ja schon ab 17.00 Uhr geschlossen, so bin ich zum Neuen Markt mit meinem Rollstuhl gefahren und auch dort ging die Tür nicht auf und wo gehen die Besucher/Urlauber auf WC sind auch gezwungen in Gaststätten zu gehen ich kann dies nicht ohne Rollstuhl WC.

Mir wurde von Herrn Pagel gesagt am Telefon 18.07.2017 die Veranstalter seien dafür selbst verantwortlich das kann doch nicht sein es sind doch öffentliche Toiletten.

Und auch der Behindertenverband Stralsund wo ich gestern war 18.07.17 in der Wiesenstraße 9 auf das Problem aufmerksam gemacht da am 4.9. bis 7.9. Behindertenveranstaltung könnte man dies mal mit Ansprechen und sich dafür einsetzen wegen der Behinderten WC.

Möchte am 23.07 zum Orgelspiel in die St. Marienkirche um 11.45 Uhr und wo geh ich da auf einen WC vorher in der Nähe ist ja keines offen, so bleibt mir vorher Bahnhof Stralsund Bus aussteigen um WC zu gehen und dann dort hin zu fahren mit meinem Rollstuhl.

Ja wo kann ich am Samstag oder Sonntag in der Stadt Stralsund(WC) aus treten gehen als Rollstuhlfahrerin wo es Barrierefrei sein soll, da müssen auch Toiletten für uns immer zugänglich sein als Behinderter dafür haben wir den Schlüssel uns gekauft.

So werden wir als Rollstuhlfahrer gezwungen nicht an Veranstaltungen teilzunehmen die nach 18.00 Uhr in der Woche und am Samstag oder Sonntag in die Stadt Stralsund statt finden weil die öffentlichen WC ja geschlossen sind.

Dies ist ein großes Thema für Alle nicht bloß wir Behinderten, **so warte ich auf Ihre Antwort was hier endlich gemacht wird das wir Behinderten zu jeder Zeit in der Stadt auch ein WC benutzen können.**

Mit Freundlichen Grüßen

*Frau Raina Schmidt*